

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 30 (1951)
Heft: 9

Artikel: Der neue Kulturkampf in Frankreich
Autor: Abosch, Heinz
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-336606>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Durch eine Investitionslenkung wäre es möglich gewesen, die Montanindustrie wirksamer zu fördern, vor allem im Ruhrgebiet eine stärkere Wohnbautätigkeit zu entfalten und damit die besseren Voraussetzungen zu schaffen für die Erhöhung der Zahl der Arbeitskräfte im Bergbau, in dem vor allem die Abwanderung in andere Wirtschaftsgebiete weitgehend hätte verhindert werden können. Der große Engpaß in der deutschen Kohlenversorgung ist nur zu einem kleinen Teil Schuld der Ruhrbehörde. Die Hauptschuld kommt der verfehlten Wirtschaftspolitik zu. Diese Feststellung machte unlängst ein wirtschaftlicher Experte der deutschen Gewerkschaften.

Schlußbetrachtung

Der Fehlschlag der «sozialen Marktwirtschaft» ist da, er ist schon längst erkennbar gewesen, wenn man hinter die trügerische Fassade schaute. Das Beispiel Westdeutschlands beweist, daß keine Wirtschaftspolitik im Sinne der Neoliberalisten auf die Dauer möglich ist, daß man um Planung und Lenkung nicht mehr herumkommt. Das Entweder – Oder ist keine Frage, die es in der Praxis zu stellen und zu beantworten gibt. Die Diskussion dreht sich nur um die Art und das Maß der Planung und Lenkung.

HEINZ ABOSCH

Der neue Kulturkampf in Frankreich

Es mag befremdend erscheinen, aber es ist eine Tatsache geworden: das sogenannte Schulproblem ist in den Vordergrund der öffentlichen Debatten Frankreichs getreten und hat eine politische Bedeutung ersten Ranges erlangt. Immer weniger spricht man von den so kritischen Problemen wirtschaftlicher und sozialer Art, von der gespannten Weltlage und vom koreanischen Kriegsschauplatz. Statt dessen ringen heute die Parteien für oder wider die Finanzierung der Kirchenschulen. Es war dieses Problem, das die einen Monat währende Regierungskrise des neuen Parlaments verursacht und zwei beauftragte Ministerpräsidenten in die Minderheit versetzt hatte. Das alles mag als höchst «merkwürdig» gelten und nur schwer zu verstehen sein. Aber das ist nur scheinbar der Fall. Wie in der Vergangenheit, so kommt auch dem heutigen Kulturkampf in erster Linie eine politische Bedeutung zu. Es stehen

sich weniger Kirche und Staat als Vertreter der Religion und einer rationalistischen Weltauffassung gegenüber als politische Kräfte, deren Auseinandersetzung nicht nur die geistige, sondern vor allem die politische und wirtschaftliche Entwicklung, also das gesamte Schicksal der Nation bestimmen.

Als sich Staat und Kirche in der französischen Geschichte zum erstenmal grundsätzlich gegenübertraten, handelte es sich um den Kampf zwischen der Republik und der Monarchie. Seit der großen Revolution bis um die Wende des 19. Jahrhunderts hatte sich daran nichts geändert. Mit dem Adel gehörte der Klerus zu den herrschenden Klassen des alten Königreichs. Die katholische Kirche teilte sich nicht nur mit jenem in die wirtschaftliche Macht, sondern besaß auch einen überragenden Einfluß als geistiger Wortführer des alten Regimes. Es war deshalb nur natürlich, daß die Revolution keinen erbitterteren Feind zu bekämpfen hatte als die Kirche. Später söhnte sie sich mit dem Bonapartismus aus, der dafür ihre ideologische Vormachtstellung anerkannte. Ein ganzes Jahrhundert lang waren so die Resultate der großen Revolution vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet beschränkt geblieben (die freie Entwicklung des Kapitalismus), während die herrschenden Ideen weiter von ihrem Gegner bestimmt wurden.

Erst die Konsolidierung der Dritten Republik in den achtziger Jahren des letzten Jahrhunderts erlaubte das 1789 begonnene Werk wieder aufzunehmen. Das war die Zeit des Aufbruchs der neuen industriellen Schichten des Bürgertums, die, im Unterschied zu der kapitalistisch gewordenen Aristokratie und zur Finanzbourgeoisie, der revolutionären Ideologie rückhaltlos ergeben waren. Eine Bedingung des Aufstiegs der neuen Schichten war die Eroberung des Schulwesens: der Schulbesuch wurde obligatorisch. Aber dabei konnte man es nicht bewenden lassen. Die Organisation eines Massenunterrichts wie auch die Beseitigung des der Republik feindlichen Einflusses machte die Ausschaltung der Kirche aus den Schulen notwendig. Der Sieg der Linken im Gefolge der Dreyfus-Affäre ermöglichte in den Jahren 1901–1906 die Durchführung des republikanischen Programms: Verweltlichung des Unterrichts, Auflösung der von den Orden betriebenen Lehrstätten, Einziehung des Kirchenvermögens, Trennung von Staat und Kirche. Diese Maßnahmen, die mit dem Namen des Radikalen *Combes* verbunden sind, ermöglichten den Kampf gegen den Analphabetismus, die prächtige Entwicklung des Volksschul- und des Universitätswesens und die Schaffung einer kompetenten hingebungsvollen Lehrerschaft, die als eigentliche Leibgarde der Republik zu betrachten ist. Die Niederlage der Kirche war die endgültige Niederlage des alten Regimes. Mit der Verwurzelung der Dritten Republik stabilisierten sich die neu geschaffenen Beziehungen zwischen dem weltlichen Staat und der

Kirche. Keine der nachfolgenden, bisweilen konservativen Regierungen konnte daran denken, diesen Zustand, der die Macht einer Tradition annahm, zu revidieren.

Aber für die französische Reaktion sollten mit der deutschen Besetzung bessere Tage beginnen. Sie trachtete vor allem danach, die Niederlage Frankreichs zu einer Niederlage der fortschrittlichen Republik auszuwerten. Die katholischen Würdenträger hatten daher nichts Besseres zu tun, als den autoritären Staat Pétains zu segnen, was ihnen mit der Finanzierung der Kirchenschulen und der Bekämpfung des weltlichen Unterrichts vergolten wurde. Die Befreiung räumte 1945 mit diesem Spuk auf. Die katholischen Bischöfe, die ihre Hilfsdienste für die Diktatur vergessen machen wollten, erhoben sich nicht zur Verteidigung der unter Nazischutz entstandenen Gesetze. Sie mußten auf einen günstigeren Augenblick warten. Dieser Moment scheint ihnen heute gekommen. Auf wen ist er zurückzuführen? Auf den Gaullismus und den verstärkten Druck der Rechten seit den Wahlen. Getreu der historischen Entwicklung stehen auch heute wieder die Wortführer der Kirche im Bündnis mit der Reaktion. Wie sie gemeinsam mit den Monarchisten gegen die Republik zu Felde zogen, zu den Nutznießern des Pétain-Regimes gehörten, so gedenken sie gegenwärtig, mit de Gaulle eine Bresche in das demokratische System zu schlagen.

Das aktuelle Streitobjekt bilden die bestehenden privaten, größtenteils religiösen Schulen, deren staatliche Subventionierung verlangt wird. Hätten die Republikaner ihren Sieg von 1900 vervollständigen wollen, so hätten sie das staatliche Unterrichtsmonopol proklamieren müssen. Eine solche Maßnahme wurde damals und auch später nicht ergriffen, um eine Befriedung der Geister zu ermöglichen. So entscheidend die Niederlage der Kirche auch war, ihr Einfluß war nicht völlig ausgeschaltet. Vermittels eigener Geldquellen unterhielt sie ein Schulwesen, das den staatlichen Unterricht konkurrenzierte: ein Fünftel der Kinder besucht die klerikale Volksschule. Auf dem Gebiet der Sekundarschulen ist die staatliche Stellung weit ungünstiger: von etwa 700 000 höheren Schülern besuchen nur 400 000 die Staatsschulen. Das Universitätsstudium wird statt dessen fast ganz vom Staat regiert. Wie eng die Verbindung zwischen Kirche und Reaktion nach wie vor ist, geht aus der geographischen Verteilung der Religionsschulen hervor: sie haben ihre Bollwerke in den sozial zurückgebliebensten Gegenden, hauptsächlich in der Bretagne und der Vendée, dort wo sich einst die «Chouans» zur Bekämpfung der Revolution erhoben hatten. Es ist deshalb nur zu natürlich, daß der klerikale Widerstand von hier ausgeht. So kam es 1949 auf Veranlassung des Bischofs Cazaux (desselben, der die Leiche Pétains einsegnete) zur Bildung

von «Aktionskomitees für die Schulfreiheit» und zur Proklamierung des Steuerstreiks. Der Aufruhr mußte damals eingestellt werden, da er selbst gewissen Kirchenbehörden zu weit ging und die politische Lage noch nicht «reif» war.

Der neue Kulturkampf ist besonders deshalb so heikel, weil sich der öffentliche Unterricht in einer tatsächlich schwierigen Lage befindet. Keinem gelingt es, seine unbestreitbaren großen Verdienste zu schmälern: Ausdehnung der Volksbildung, Verbreitung der französischen Kultur im In- und Ausland, Vermittlung modernen Wissens ohne Aufrichtung irgendeines geistigen Totalitarismus. Auf dem Boden der Republik stehend, erlaubt der staatliche Unterricht die Freiheit des kritischen Denkens und die Entwicklung aller philosophischen Ideen. Allein die Enge der Unterrichtsbudgets und die gesellschaftliche Stagnation der letzten Jahrzehnte haben es ihm nicht möglich gemacht, weder materiell noch geistig allen Erfordernissen nachzukommen. Der wirtschaftliche Malthusianismus, der sich in Frankreich durchsetzte, hat sich auch hier nachteilig ausgewirkt: es wurden zuwenig neue Schulen gebaut, die Ausrüstung der Laboratorien und Bibliotheken ist absolut ungenügend. Das sind die brennendsten Wunden der Staatsschulen. Der Verlust von Lehrgebäuden während des letzten Krieges und der seit 1945 eingetretene jährliche Geburtenüberschuß von 350 000 haben die Lage als ernst genug erscheinen lassen. In den Volksschulen sind die Klassen oft überfüllt, während die höheren Schulen wegen Platzmangels Zehntausenden von Schülern den Eintritt untersagen müssen. Das alles wird von den Vertretern der Reaktion immer wieder unterstrichen und als Argument für die Finanzierung der Kirchenschulen benutzt. Aber es steht ihnen schlecht an. Denn kein anderer als sie hat die Staatsausgaben beständig zu vermindern getrachtet. Keiner hat eifriger als sie das Indochina-Abenteuer unterstützt (und unterstützt es noch heute), das es unmöglich macht, das Budget gesellschaftlich nützlicher anzuwenden. Die Haltung der Reaktionäre läuft eben darauf hinaus, die von ihnen hervorgerufene kritische Situation der öffentlichen Schulen für ihre eigene Machtstellung auszunutzen! Es ist noch nie heimtückischer gehandelt worden.

Der Augenblick für den Angriff ist also von der Reaktion gewiß nicht schlecht gewählt worden. Und besonders in einer anderen Hinsicht nicht. Als christlichsoziale Partei hat der MRP nach dem Krieg den Versuch unternommen, das Bündnis Kirche-Reaktion zu zerschneiden. Die Tendenzen eines kühnen sozialen Katholizismus (als dessen Wegbereiter mögen Marc Sagnier, die «Jeune République» und die christlichen Gewerkschaften gelten) hatten gerade unter der «christlichen» Diktatur Pétains an Boden gewonnen. Ein

Riß zog sich zwischen der dem Volke nahestehenden unteren Priesterschaft und dem hohen Klerus. Als Folge dieser Entwicklung trachtete der MRP, gemeinsam mit den Sozialisten und Kommunisten eine Anzahl von politischen und wirtschaftlichen Reformen durchzuführen. Das heutige Aufwerfen des Schulproblems von seiten der Rechten ist ein direkter Anschlag auf diese Richtung des sozialen Christentums und der Versuch, die abtrünnig gewordenen Katholiken wieder in das Lager der Reaktion zu bringen. Es ist ein Bestandteil des Manövers de Gaulles, die herrschende Koalition zu sprengen und selbst die Macht zu ergreifen. Die MRP-Führung hat de Gaulle in seinem Unterfangen wirksame Hilfe geleistet. Im neuen Parlament marschieren beide in der Schulfrage Hand in Hand, ja der MRP hat es sogar, zur Freude der gesamten Reaktion, bis auf einen Bruch mit den Sozialisten ankommen lassen. In dieser Partei herrscht jedoch über die zu befolgende Politik längst keine Einmütigkeit. Vielen ist es nicht entgangen, daß unter dem Vorwand der Verteidigung der Religion der politischen Reaktion zur Macht verholfen und damit eine jahrzehntelange Entwicklung sozialen Christentums vernichtet werden soll. Für das Linsengericht des katholischen Unterrichts hätte der MRP tatsächlich seine Existenzberechtigung in Frage gestellt. Aus den Kreisen der christlichen Gewerkschaften mehren sich deshalb die warnenden Stimmen, und Kompromißlösungen werden ausgearbeitet, die selbst von «Weltlichen» bereits angenommen worden sind. So lehnt die christliche Lehrergewerkschaft ebenfalls die Subventionierung der privaten Schulen ab. Statt dessen verlangt sie die Überführung derselben (soweit diese es verlangen) in den Staatsbereich, was ihnen ihren eigenen Charakter nehmen würde mit Ausnahme des Religionsunterrichtes, der von Priestern gegeben werden soll. Die Lehrer der Privatschulen müßten in diesem Fall durch Prüfungen ihre Qualifikation nachweisen (was ihnen nicht immer leicht fallen wird; über den gewaltigen Qualitätsunterschied der religiösen und öffentlichen Schulen herrscht Einmütigkeit.) Durch die Aufhebung des Konkurrenzkampfes könnte auf der anderen Seite die gegenwärtige Krise des Unterrichtswesens vermindert werden. Seit einem Jahr ist unter dem Vorsitz von *Paul-Boncour* eine Studienkommission am Werk, die eine Lösung in dieser Richtung vorbereitet. Die politischen Kräfteverhältnisse drängen jedoch in eine andere Richtung. Der Reaktion geht es selbstverständlich nicht um das kärgliche Los der Lehrer der Religionsschulen, denen sie so viele Krokodilstränen widmet. Unter dem Vorwand der Religion will sie ihre politischen Ziele erreichen. Eine Kompromißlösung würde dem nicht dienlich sein. Es ist dazu notwendig, den Kampf auf die Spitze zu treiben und alle Anhänger des demokratischen Systems herauszufordern. Das ganze Verhalten der Gaullisten, der eigentlichen Schritt-

macher des Kulturkampfes, zeigt, daß es ihnen nicht nur um die Vernichtung des Kommunismus geht, sondern um die *Liquidierung der bestehenden Republik*, die durch die Beseitigung ihres weltlichen Charakters eingeleitet werden soll. Zu diesem Zweck ist es notwendig, die Sozialisten und die aufrechten Radikalen in die Opposition zu werfen. Es ist selbstverständlich, daß darüber niemand mehr erfreut ist als die Kommunisten, die endlich hoffen, aus ihrer Isolierung herauszukommen.

Ist in diesen Sommermonaten der Weizen de Gaulles nicht schlecht in Blüte gegangen, so ist er doch noch nicht am Ziel angelangt. Wohl verfügen die Klerikalen im neuen Parlament über eine Mehrheit. Diese ist aber auf das Wahlsystem zurückzuführen und beruht auf keiner Mehrheit im Volk. Außerdem gedenken die aktiven Kräfte des weltlichen Unterrichts, die Lehrer, nicht zu kapitulieren. Steht de Gaulle im Bündnis mit dem Episkopat, so haben sich die Laikalen unter Führung des mächtigen *Syndicat des Instituteurs* zu einem Verteidigungskomitee zusammengeschlossen. Sie haben deutlich erklärt, daß sie «nicht nur alle gesetzlichen Waffen anwenden» würden, sondern daß sie eingedenk gewisser illegaler Handlungen auch noch «anders» auftreten könnten. Das ist eine Sprache, die Aufmerksamkeit verdient, steht doch in dem gefürchteten Syndicat fast die Gesamtheit aller Lehrer. Sie würden gewiß vor einem Streik nicht zurückschrecken, denn mehr als einmal haben sie in der Vergangenheit bei Anschlägen gegen die Republik oder zur Verteidigung ihrer sozialen Forderungen ihre Kampfbereitschaft bewiesen. Es ist deshalb wahrscheinlich, daß letzten Endes eine Kompromißlösung gefunden wird und daß der Gaullismus einen anderen Vorwand wird suchen müssen, um zum Ziel zu kommen.

HENRI PERRET

Le pétrole

Au 19^{ème} siècle, le charbon est roi. Il procure l'énergie à bon marché, fait marcher les usines, assure les transports par terre et par eau. Au 20^{ème} siècle, il est peu à peu détrôné et menacé par deux nouvelles sources d'énergie, plus concentrées, plus souples: l'électricité et le pétrole.

Durant plus d'un quart de siècle, ce dernier fournit l'éclairage, particulièrement aux populations éloignées des grands centres. Aujourd'hui encore des millions de gens, en Chine, aux Indes, en Russie, s'éclairent ainsi.